



INHALT NOVEMBER 2008

SEITE 1

AKTIV GEGEN RECHTS

Christlich orientierte MetallerInnen machen Sozialdemagogie von Rechts zum Thema

GEGEN NAZITERROR!

Solierklärung der ver.di Jugend Aachen/Düren/Erft

SEITE 2

„DER MENSCH IST WICHTIGER ALS DIE SACHE!“

Interview mit Regina Görner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied im Kumpelverein

IN DER TRADITION DES NATIONALSOZIALISMUS

Annelie Buntenbach fordert Verbot der HDJ

TEILHABEN, TEIL WERDEN

Ausstellung der IG BCE eröffnet die Interkulturellen Wochen in Düren

SEITE 3

ARBEITSFREI FÜR ANTI-NAZI-DEMO

Über 20 Unternehmen im Südhaz machen vor, wie es gehen kann

RECHTSEXTREMISMUS UND SEIN UMFELD

DGB Hochschulgruppe Freiburg beschäftigt sich mit den Ergebnissen der Regionalstudie

TERMINE

und Veranstaltungen

SEITE 4

IN OR BETWEEN

Film des Monats

SCHATTENBERICHT

ENAR zu Rassismus in Europa

AKTIV GEGEN RECHTS

Christlich orientierte MetallerInnen machen Sozialdemagogie von Rechts zum Thema

40 Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute aus dem gesamten Bundesgebiet, die den Koordinierungsausschuss der „AG christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall“ bilden, setzten sich in ihrer September-Sitzung mit Rechtsextremismus auseinander.

Insbesondere wurde die soziale Demagogie von NPD und Neonazis thematisiert. Die Rechtsextremen verfolgen eine Strategie, die auf alle gesellschaftlichen Fragen eine „nationale“ Lösung präsentiert und die mit dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ direkt an den Nationalsozialismus anknüpft. MigrantInnen, Minderheiten und politische Gegner werden aus dieser Gemeinschaft ausgegrenzt und als Feinde bekämpft. Das Prinzip der Volksgemeinschaft durchzieht alle Positionen der NPD – egal ob es um soziale Gerechtigkeit, Globalisierung,



Mittelstandsförderung, Umweltschutz, Jugend-, Frauen- oder Rentenpolitik geht.

Um in der Mitte der Gesellschaft andocken zu können, versucht die extreme Rechte immer wieder, an gewerkschaftliche Themen anzuknüpfen – etwa durch eigene Demonstrationen zum 1. Mai, durch Flugblätter zu Standortkämpfen und durch Präsenz bei politischen Veranstaltungen des Gegners. Auf der Veranstaltung wurde deutlich, dass rechtsextremen Tendenzen auch durch gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb begegnet werden kann: bei-

spielsweise durch eine aktive Gleichstellungspolitik, durch die Auseinandersetzung mit Gleichstellung von MigrantInnen, aber auch der NS-Vergangenheit in der Berufsausbildung, mit Betriebsvereinbarungen, Veranstaltungen zum internationalen Tag gegen Rassismus, oder durch antirassistische Bildungsarbeit und vielem mehr. Denn Gewerkschaften haben eine solidarische Antwort auf die soziale Frage.

Kontakt:

regina.görner@igmetall.de

gregor.callegari@igmetall.de

GEGEN NAZITERROR!

Solierklärung der ver.di Jugend Aachen/Düren/Erft

In den letzten Monaten treten Nazis in Nordrhein-Westfalen zunehmend offen gewalttätig auf und versuchen, Menschen, die ihrer menschenverachtenden Ideologie ent-

gagnetreten, zu terrorisieren. So rief zum Beispiel die „Nationale Offensive Schaumburg“ per Flugblättern zum Mord am Aachener Friedenspreisträger Frank Gockel auf. In Bocholt stellten Nazis eine Videobotschaft ins Netz, in der zum Mord am Kollegen Rainer Sauer aufgerufen wurde.

Und auch in der ver.di Region Aachen/Düren/Erft werden seit Februar ein jugendlicher Antifaschist und seine Familie terrorisiert.

Die ver.di Jugend Aachen/Düren/Erft spricht diesen drei und allen weniger bekannten Opfern von Naziterror ihre volle Solidarität aus. Es darf nicht sein, dass Engagement für Demokratie und Menschenrechte nur unter Lebensgefahr möglich ist. Wir stehen fest an der Seite der bedrohten Kollegen und rufen dazu auf Rassismus und Faschismus klar zu ächten:

Wer ein Nazi ist, stellt sich damit außerhalb der Zivilisation und gehört „als die miese Type behandelt, die er nun mal ist“ (W. Droste).



Corinna Groß, Geschäftsführerin

Telefon 02 41/9 46 76-28

„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.



Spendenkonto
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V., SEB AG Düsseldorf
Konto 1030 343 800, Bankleitzahl 300 101 11

„DER MENSCH IST WICHTIGER ALS DIE SACHE!“

Interview mit Regina Görner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied im Kumpelverein



A+G: „Was ist der Hintergrund, dass du für den Koordinierungsausschuss der AG christlich-demokratische KollegInnen der IGM, eine Veranstaltung zum Thema „Sozialdemagogie von rechts“ organisiert hast?“

Regina Görner: „Das ist ein Thema in den Betrieben, und wir Christlich-Soziale sind immer sensibel beim Thema Neofaschismus. Auch unsere führenden Gewerkschafter mussten damals in den Untergrund oder saßen in den KZs. Das ist bei uns nicht vergessen. Für uns ist der Mensch und seine Würde das Wichtigste. Menschenverachtung und Diskriminierung sind mit uns nicht zu machen.“

A+G: „Was hat dich und die AG besonders an diesem Thema interessiert?“

Regina Görner: „Dass sich die Neonazis mittlerweile ziemlich gutbürgerlich gerieren. Das ist in dieser Form neu. Nicht neu ist, dass sie sich mit gewerkschaftlichen Forderungen tarnen. Das war schon in den 1930er-Jahren ihre Strategie. Und dann haben sie, kaum dass sie an der Macht waren, die Gewerkschaften verboten. Das darf nicht vergessen werden. Aber man muss gar nicht so weit zurückgehen: Wenn man sich ansieht, wie die Neonazis, die in den letzten Jahren in die Parlamente gekommen sind, dort aufgeführt haben, dann sieht man, was Geistes Kind sie sind. Leider sind die Menschen vergesslich. Da muss man aufklären – der Kumpelverein hat da nach wie vor eine wichtige Aufgabe.“

A+G: „Was denkst du, können die KollegInnen in die Handlungsfelder ihrer betrieblichen Arbeit mitnehmen?“

Regina Görner: „Vor allem, dass sie mit dem Problem nicht alleine sind. Und dass man die Auftritte der rechten Rattenfänger nicht als bedauerliche Einzelfälle sehen darf, bei denen man einfach wegschaut. In der Diskussion wurde klar: Viele haben das Problem vor Ort. Und manche haben auch schon erfolgreich dagegegnhalten. Jetzt können sich alle über unser Netzwerk miteinander austauschen und von den Erfahrungen der anderen lernen.“

IN DER TRADITION DES NATIONAL-SOZIALISMUS

Annelie Buntenbach fordert Verbot der HDJ

Zur polizeilichen Durchsuchung mehrerer Objekte der rechtsextremen Kinder- und Jugendorganisation „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am 09. Oktober 2008 in Berlin:

„Wir begrüßen, dass das Innenministerium jetzt endlich Durchsuchungen im Zusammenhang mit der HDJ durchgeführt hat und erwartet, dass umgehend auch praktische Konsequenzen aus den vorliegenden Erkenntnissen gezogen werden. Das Verbot dieses rechtsextremen Vereins ist dringend nötig.“

Die HDJ steht ganz in der Tradition des Nationalsozialismus. Sie ist Teil des rechtsextremen Netzwerks. Ihr Ziel ist, insbesondere Kindern und Jugendlichen ein völkisches und rassistisches Weltbild zu verpassen. Schon seit Längerem liegen fundierte Recherchen über die untragbaren Aktivitäten des Vereins vor. Das Innenministerium reagiert jetzt auf die öffentliche Diskussion, das Engagement vor Ort und die bevorstehende Diskussion im Innenausschuss. Dann muss das Innenministerium aber auch den nächsten Schritt tun, nämlich diesem Verein das Handwerk legen.“

Kontakt:
www.dgb.de

TEILHABEN, TEIL WERDEN

Ausstellung der IG BCE eröffnet die Interkulturellen Wochen in Düren

„Gleichstellung und Chancengleichheit“ lautet der Titel der Ausstellung der IG BCE; zugleich wird damit auch das Kernelement und Ziel einer gerechten Gesellschaft formuliert: die Beseitigung von Diskriminierungen und Benachteiligungen auf Grund von Herkunft, Nationalität, Alter, Geschlecht, Gesundheit oder sexueller Orientierung. In Düren ist die Ausstellung nun im Rathaus im Rahmen der Interkulturellen Wochen zu sehen.

Mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Mach meinen Kumpel nicht an!“ wurde sie eröffnet. „Mit Ausgrenzung erzeugt man keine Bereitschaft, sich zu integrieren“, zieht Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins auf dem Podium Bilanz. Doch noch immer erfahren Menschen mit Migrationshintergrund vielfältige Diskriminierungen. Die Schlechterstellungen beginnen bereits mit dem Zugang zu Bildung und

setzen sich in der Arbeitswelt fort. Die Arbeitslosigkeit von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist doppelt so hoch wie die der Deutschen; von prekärer Beschäftigung sind MigrantInnen besonders stark betroffen.

Gesellschaftspolitisches Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe der MigrantInnen: „Wir müssen die Menschen in unsere Gesellschaft mit einbeziehen und ihnen das Gefühl geben, dass sie gebraucht werden!“, resümiert Giovanni Pollice.

Die Ausstellung kann ausgeliehen werden, um die Aktivitäten von aktiven GewerkschafterInnen vor Ort zu unterstützen.

Kontakt:
Giovanni Pollice
IG BCE Hauptverwaltung
Abteilung Ausländische Arbeitnehmer/
Migration
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon 05 11/76 31-2 29



Die „Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall“ wurde 1963 gegründet und von Anfang an vom Vorstand der IG Metall aktiv unterstützt. 1966 traten zudem viele ehemalige Mitglieder und einige führende Funktionäre des „Christlichen Metallarbeiterverbandes“ (CMV) zur IG Metall über. Das war keine spontane Aktion, sondern Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung und dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft geschuldet. Seitdem fanden vielfältige Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft statt, bei denen neben aktuellen gewerk-

schaftlichen und politischen Themen immer auch die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik Grundlagen waren. Nach Auffassung der Mitglieder der AG sind für eine positivere gesellschaftliche Entwicklung ethische Wertmaßstäbe notwendig, an denen sich die Menschen orientieren können. Als Betriebsräte oder Vertrauensleute der IG Metall und als politisch aktive Bürger fordern sie diese Wertmaßstäbe auch bei den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen immer wieder ein. Es geht ihnen um Gerechtigkeit, in allen gesellschaftlichen Bereichen, „weil der Mensch wichtiger ist als die Sache“.

ARBEITSFREI FÜR ANTI-NAZI-DEMO

Über 20 Unternehmen im Südharz machen vor, wie es gehen kann

Der Südharz gilt seit Längerem als Rückzugsraum für die rechtsextreme Szene. Vermehrt ziehen Neonazis in die Region; gezielt sollen so lokale Strukturen aufgebaut werden. Im September 2006 wurde ein Vertreter der NPD in den Stadtrat des niedersächsischen Städtchens Bad Lauterburg gewählt. Präsenz zeigt die NPD auch vermehrt vor Schulen, um so Kontakt zu Jugendlichen aufzubauen.

Doch diesem Treiben wollten nicht alle BürgerInnen der Region tatenlos zu-

sehen: In den Betrieben der Umgebung regte sich Widerstand; Betriebsräte wurden aktiv und die zunehmenden Aktivitäten der Rechten wurden auf Betriebsversammlungen zum Thema. Die KollegInnen ließen sich schnell überzeugen, gegen die NPD und ihre Umtriebe aktiv zu werden.

Auf der vom DGB organisierten Demonstration erschienen schließlich über 2000 Menschen um Position für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu beziehen.

Dabei ist es gelungen, eine Demonstration während der Arbeitszeit zu organisieren. Die IG Metall sprach die

Geschäftsleitungen der Unternehmen an, um ihre Unterstützung zu gewinnen. Über 20 Unternehmen aus der Metallbranche, aus Banken, Verwaltungen und Versicherungen stellten ihre Arbeitnehmenden schließlich frei. Unterstützung kam aber auch aus den Berufsschulen, aus denen sich viele Schülerinnen und Schüler am Demonstrationzug beteiligten.

Für dieses Engagement zeichnete der Kumpelverein die Initiative der Betriebe und der Gewerkschaft mit einem Ehrenpreis des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand 2007“ aus.

Kontakt:
www.goslar-osterode.igmetall.de

TERMINE

und Veranstaltungen



Frauen und Frauenbilder in rechtsextremen Organisationen
Tagung, 18.11.2008, Magdeburg

Veranstalter: DGB
Rechtsextremismus wird überwiegend mit jungen Männern in Verbindung gebracht. In den heutigen rechtsextremen und rechtsradikalen Organisationen gewinnen Frauen aber mehr und mehr an Bedeutung.

Telefon 03 91/6 25 03-22

Atypische Beschäftigungen und prekäre Arbeit von Einwanderern – Bestandsaufnahme, Praxisbeispiele, Handlungsoptionen

Konferenz, 24.11.2008, Berlin
Veranstalter: DGB; Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auf der Konferenz soll ein Bild über das Ausmaß der Verbreitung von prekärer Beschäftigung, insbesondere bei Einwanderern, entstehen. Es werden betriebliche, gesellschaftliche und politische Handlungsoptionen entwickelt, um unzulässige prekäre Beschäftigung zu vermeiden und abzubauen.

www.fes.de/aktuell/documents2008/081124_prekaer.pdf

„Die Gelbe Hand“ 2008 Preisverleihung zum Wettbewerb, 04.12.2008, Hannover

Veranstalter: „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V.

Die Auszeichnung der PreisträgerInnen findet dieses Jahr in Hannover statt. Die Preise werden durch Uwe Schünnemann, Niedersächsischer Minister für Inneres, Sport und Integration, von Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE und Giovanni Pollice, Vorsitzender des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. vergeben.
info@gelbehand.de

Ein Jahr Nationaler Integrationsplan
Tagung, 12.12.2008, Düsseldorf

Veranstalter: DGB Bildungswerk Islamgipfel und Implementierung des Nationalen Integrationsplans zeigen: Das Thema Integration ist in der deutschen Politik angekommen. Die Tagung zieht ein Resümee und schaut zugleich nach vorne.

www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NjYyMw_.html

RECHTSEXTREMISMUS UND SEIN UMFELD

DGB Hochschulgruppe Freiburg beschäftigt sich mit den Ergebnissen der Regionalstudie

In einer Studie zu Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis untersuchte eine Forschungsgruppe der Universität Tübingen die Verankerung von rechtsextremen Tendenzen (A+G 09/2007). Beim Rems-Murr-Kreis handelt es sich um eine der ökonomisch stärksten Landkreise im Südwesten Deutschlands, in denen rechtsextreme Aktivitäten (wieder) zunehmen bzw. Schlagzeilen machen. Hier zeigt sich auch eins der wichtigsten, wenn auch nicht neuen, Ergebnisse der Studie: Rechtsextremismus ist nicht nur ein Phänomen ökonomisch schwacher Regionen.

Ziel der Untersuchung war es, herauszufinden, wie sich rechtsextreme Tendenzen und Aktivitäten in der Dorf- oder Stadtgemeinschaft etablieren oder erfolgreich bekämpft werden. Das Forschungsinteresse lag also weniger bei den rechten Gruppierungen und Personen, sondern in deren Umfeld. Rechtsextremismus kann demnach nicht als Randphänomen betrachtet werden. Stattdessen, so das Forscherteam, muss der Blick auf die gesamte (politische) Kultur eines Dorfes oder einer Stadt gerichtet werden. Rechtsextremismus entsteht bzw. wächst dann besonders gut, wenn ihn die Mehrheit einer Dorf- oder Stadtgemeinschaft trägt.

Zwei Beispiele für solche Toleranz: Der Umgang mit rechtsextremer „Jugend-



arbeit“. Rechtsextreme verbreiten z.B. Musik-CDs und wollen durch ein junges Image attraktiv für Jugendliche erscheinen. So gab es in einer der untersuchten Dörfer einen Bauwagenplatz rechter Jugendlicher, der zunächst geduldet wurde und sich dann zu einem überregionalen Treffpunkt der rechten Szene entwickelte. Ein weiteres Beispiel bezieht sich auf das Vereinswesen einer Dorf- oder Stadtgemeinschaft. Rechtsextreme Personen schaffen sich in diesen Vereinen Anerkennung und Akzeptanz, und können „geschützt“ mit diesem Ansehen an anderen Stellen rechtsextrem aktiv werden.

Die AutorInnen der Studie zeigen auch Beispiele des „positiven“ Umgangs mit Rechtsextremismus auf. Dieser bestehe in einer mutigen und objektiven Analyse und Anerkennung von Rechtsextremismus (vielerorts wird er einfach ignoriert), die einhergeht mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber allen rechten Tendenzen. Hier spielen insbesondere BürgermeisterInnen eine

wichtige Rolle, weil diese durch ihr Ansehen in der Regel auch auf Vereine und Organisationen einwirken und so eine Null-Toleranz-Politik erreichen können. Vereinsvorsitzende oder aktive Vereinsmitglieder spielen ebenso eine wichtige Rolle, weil sie die Möglichkeit besitzen aktiv gegen die geringsten rechten Tendenzen (z.B. AusländerInnenwitze beim Vereinsfest) vorzugehen.

Das Buch zur Studie erschien im VSA-Verlag: Josef Held u.a.: Rechtsextremismus und sein Umfeld. Hamburg 2008.

Die DGB Hochschulgruppe Freiburg lädt die Autoren der Studie am 22. Januar 2009 nach Freiburg zu einem Vortrag ein. Aus diesem Vortrag heraus, soll langfristig eine Diskussion über die Strategie der gewerkschaftlichen Antirassismuarbeit entstehen.

Daniele Frijia
DGB Hochschulgruppe Freiburg
<http://tinyurl.com/3uck4x>

IN OR BETWEEN

FILM DES MONATS

Das Projekt In or Between erzählt auf zwei DVDs über das Leben von Jugendlichen in Deutschland und Israel. Die Filme geben anhand von selbst erzählten Geschichten Einblicke in das Leben von acht jungen Menschen.

Vier israelische Jugendliche (davon zwei jüdisch und zwei palästinensisch-israelisch) und vier Jugendliche aus Deutschland (davon zwei deutschstämmig und zwei aus zugewanderten Familien) produzierten in diesem zweiteiligen Projekt gemeinsam unter professioneller Anleitung von Filmemachern zwei Video-Dokumentationen, eine im Oktober 2001 in Deutschland und eine im April 2002 in Israel.

Die Gruppe geriet mit ihren Dreharbeiten unverhofft in die explosivste Phase der zweiten Intifada im Umfeld des jüdischen Pesachfestes mit zahlreichen Selbstmordanschlägen in Israel und der Besetzung der Westbank durch die israelische Armee.

Gemeinsames Thema der Filme war das Leben und Zusammenleben von Jugendlichen verschiedener Kulturen in beiden Ländern. In den Filmen wer-



den verschiedene, auch gegensätzliche Meinungen und Geschichten mit oder ohne Verständnis für „den anderen“ nebeneinandergestellt.

Im Mittelpunkt des ersten Films steht das Leben in Deutschland. Themen des Films sind nationale, kulturelle und religiöse Identität, Liebe und Sexualität, Familie und Leben zwischen den Kulturen. Dabei werden auch Rassismus und Diskriminierung reflektiert. Der in Israel gedrehte Film fokussiert die Themen Liebe und Sexualität, Tod, Holocaust, palästinensische Geschichte, Facetten der

Identität, politisches Engagement, Erziehung und Militär sowie Interkulturelles, Rassismus und Diskriminierung.

Auf der DVD sind neben den Filmen auch Textdokumente vorhanden: O-Töne (Abschrift aller Interviews), eine aktuelle Filmliste des Medienprojektes Wuppertal sowie eine Selbstdarstellung.

Der Film ist ausleihbar über:

[www.migration-online.de/
medienverleih](http://www.migration-online.de/medienverleih)

SCHATTENBERICHT

ENAR zu Rassismus in Europa

Die Antidiskriminierungs-gesetzgebung in Bezug auf die Arbeitswelt hat sich verbessert und es gibt einige positive Resultate. Dies ist die gute Nachricht aus dem Schattenbericht des European Network against Racism (ENAR).

Es gibt jedoch auch schlechte: Oftmals existiert das Recht auf Diskriminierungsfreiheit nur auf dem Papier. Die Gesetze werden teilweise unzureichend umgesetzt und schlecht kom-

muniziert. Vor allem Angehörige von Drittstaaten sind betroffen.

AusländerInnen sind in der EU weiterhin u.a. von eingeschränktem Arbeitsmarktzugang, schlechteren Weiterbildungsmöglichkeiten, der Nichtanerkennung ihrer Qualifikationen und schlechteren und gefährlicheren Arbeitsbedingungen betroffen.

Neben dieser strukturellen Benachteiligung hält auch die direkte, alltägliche Diskriminierung an. Ebenfalls besonders betroffen sind Roma.

Der detaillierte Schattenreport und alle Länderberichte sind abrufbar unter:

www.enar-eu.org



GEFÖRDERT DURCH



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit
und Rassismus
Vorstand:
Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Michaela Dälken

REDAKTION

Heike Mauer

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

Kumpelverein, IG Metall, photocase

DRUCK

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 93
Telefax 02 11/43 01-1 34
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de